

Anna Geppert

Stadt- und Raumentwicklung Frankreich

S. 2263 bis 2271

URN: urn:nbn:de: 0156-55992112



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

In:

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.):
Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Hannover 2018

ISBN 978-3-88838-559-9 (PDF-Version)

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-55993>

Stadt- und Raumentwicklung Frankreich

Gliederung

- 1 Die französische Tradition der Raumplanung
- 2 Historische Entwicklung der raumbezogenen Politiken und der Stadtplanung
- 3 Die räumliche Organisation des Staates und das Planungssystem
- 4 Stadtplanung: Gegenwärtige Aufgaben, Instrumente, Strategien und Maßnahmen
- 5 Regionalplanung: Gegenwärtige Aufgaben, Instrumente, Strategien und Maßnahmen
- 6 Nationale Raumordnung: Gegenwärtige Aufgaben, Instrumente, Strategien und Maßnahmen
- 7 Fazit: Gegenwärtige Probleme

Literatur

Das französische Planungssystem ist heute nicht mehr durch die Tradition einer starken nationalstaatlichen Planungspolitik gekennzeichnet, sondern durch ein komplexes Mehrebenensystem mit Politikzielen wie Solidarität, Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Seit Beginn des neuen Jahrtausends erlebt die Raumplanung in Frankreich einen Prozess andauernder Reformdiskurse und Experimente.

1 Die französische Tradition der Raumplanung

Die französische Tradition der Raumplanung geht zurück auf die Zeit der Monarchie. Sie leistete einen Beitrag zur Begründung und zum Erhalt der Souveränität des Königs über ein großes Territorium, insbesondere durch die Kontrolle über die Verkehrsinfrastrukturen. Im Jahr 1599 setzte König Heinrich IV. für seine Ziele einen Minister, den „Grand Voyer de France“, ein. Stadtplanung lag in den Händen lokaler Grundherren und kommunaler Räte, allerdings mit einer Ausnahme: Paris. Im Jahre 1607 wurde die erste Planungsverordnung (Edit de Sully) erlassen, um die Straßen der Hauptstadt zu begradigen und zu verbreitern. Nach der Französischen Revolution etablierte die Republik eine zentralisierte Verwaltung und beseitigte die Autonomie lokaler Regierungen. Bis in die 1970er Jahre waren die Staatsbeamten für die größeren Planungsvorhaben verantwortlich, indem sie Szenarien einer polyzentralen Entwicklung entwarfen und die städtischen Räume entsprechend der Charta von Athen entwickelten.

Nach 1982 wurden Planungskompetenzen lokalen und regionalen Regierungen übertragen. In jüngster Zeit wurden die Fördermittel der EU-Kohäsionspolitik zu einem wichtigen Treiber für Planungsprojekte. Im Ergebnis entstand ein Mehrebenensystem der *Planung*. Das ursprüngliche Ziel einer ausgleichenden Raumentwicklung wird durch neue Politikziele wie *Nachhaltigkeit*, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum infrage gestellt. Das Gesamtbild wurde vielgestaltig und schließlich verschwommen. Heute ist die französische Tradition einer starken nationalstaatlichen Planungspolitik Vergangenheit. Seit Beginn des neuen Jahrtausends erlebt die Raumplanung in Frankreich einen Prozess andauernder Neubestimmung durch Debatten, Experimente und Reformen.

2 Historische Entwicklung der raumbezogenen Politiken und der Stadtplanung

Während der Periode wirtschaftlichen Wachstums nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand ein System raumbezogener Politiken, bezeichnet als „aménagement du territoire“, womit zwei Hauptziele verfolgt wurden. Das erste Ziel bestand in der Modernisierung des Landes, und zwar durch die Entwicklung von Infrastrukturen wie Maut-Autobahnen und Hochgeschwindigkeitsbahnen, regionalen Universitäten, Kliniken usw. (*Infrastruktur*). Das zweite Ziel strebte den Ausgleich regionaler Entwicklungsdisparitäten an (*Disparitäten, räumliche*). Eine Politik der industriellen Dezentralisierung förderte die Verlagerung ökonomischer Aktivitäten von Paris in strukturschwache Regionen, ein System, das später für die EU-Regionalpolitik übernommen wurde (*Europäische Union*). Das EU-Kompendium der Raumplanungssysteme nannte dies den regionalwirtschaftlichen Idealtyp der *Raumplanung* (European Commission 1997).

Abgesehen von diesen Prioritäten entstand eine Tradition raumbezogener Studien und Prognosen, vor allem durch die 1963 gegründete DATAR (Délégation à l'aménagement du territoire et l'action régionale), eine Denkfabrik der Regierung mit dem Status eines Ministeriums. Szenarien möglicher Zukünfte legitimierten politische Entscheidungen, die von allen Fachressorts umgesetzt wurden. Beispielsweise wurde 1964 eine Reihe großer Städte ausgewählt, um ein ausgleichendes

Gegengewicht zu Paris zu entwickeln (Stadtregionen von Lille, Nancy, Straßburg, Lyon, Marseille, Toulouse, Bordeaux, Nantes). Sie profitierten von Investitionen in verschiedenen Bereichen wie Verkehr, höhere Bildung, Gesundheit, öffentliche Verwaltung usw.

Nach der Rezession von 1974/75 schwächte sich diese Politik ab. In den 1980er Jahren ging die Dezentralisierung der Planungskompetenzen einher mit einer Betonung ökonomischer Belange und der Förderung von Beschäftigung. 1986 wurden Regionen (▷ *Region*) zur Lösung regionalplanerischer Aufgaben gebildet. Die nationale Regierung begrenzte ihre Zuständigkeit zugunsten der regionalen und lokalen Ebenen. Heute stehen neue Ziele im Vordergrund: Nachhaltigkeit, vorangetrieben durch einen nationalen Prozess (Grenelle de l'environnement), sowie Wettbewerbsfähigkeit, unterstützt durch eine Clusterpolitik (Pôles de compétitivité; ▷ *Cluster*). Dabei wurde die räumliche Dimension der Planung weitgehend außer Acht gelassen.

▷ *Stadtplanung* wird als „urbanisme“ bezeichnet und umfasst alle Dimensionen der Planung, von der strategischen und rechtsverbindlichen Planung bis zur Umsetzung von Planungsprojekten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden in einer Phase lebhaften Städtewachstums als Entlastungsstandorte neue Städte, insbesondere im Umland von Paris: Marne-la-Vallée, Saint-Quentin-en-Yvelines, Cergy-Pontoise, Every, Melun Sénart. Andere Städte entwickelten Großwohnsiedlungen nach einem ähnlichen Leitbild der Moderne. Seit dort Ende der 1970er Jahre die ersten Aufstände stattfanden, suchen Planerinnen und Planer nach besseren Wegen zur Entwicklung und Erneuerung städtischer Räume.

Stadtplanung und ▷ *Regionalplanung* werden als interdisziplinär und sektoral übergreifend aufgefasst, indem Kompetenzen der Sozialwissenschaften, der Architektur und der Ingenieurwissenschaften miteinander verbunden werden. Seit 1985 haben die Institute der Planerausbildung zur Förderung dieses Konzepts einen Verband gegründet: Association pour la promotion de l'enseignement et de la recherche en aménagement et urbanisme (APERAU).

3 Die räumliche Organisation des Staates und das Planungssystem

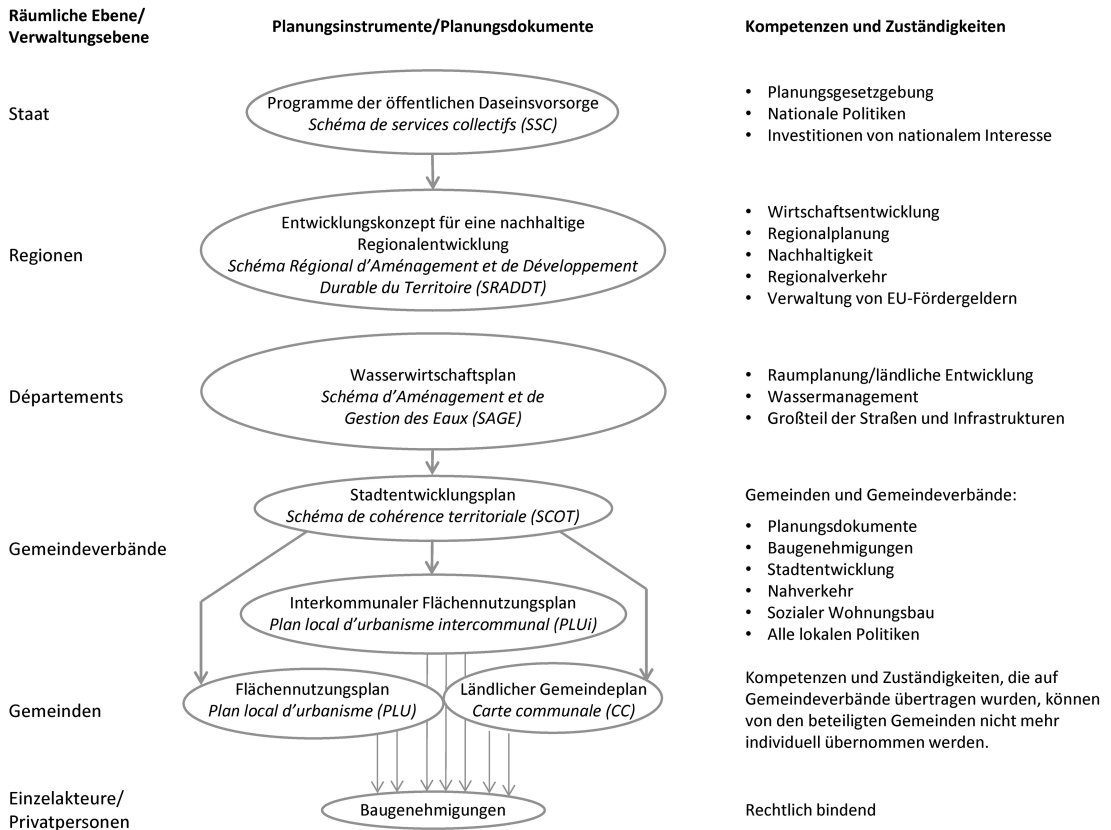
Der französische Staat ist unitarisch. Allerdings haben seit 1982 mehrere Dezentralisierungsreformen die meisten Planungskompetenzen lokalen und regionalen Regierungen übertragen. Dadurch entstand ein komplexes System der Mehrebenen-Governance (s. Abb. 1; ▷ *Governance*).

Die nationale Regierung definiert Ziele von nationalem Interesse und setzt Politiken gemeinsam mit lokalen und regionalen Regierungen um. Beispielsweise wird ▷ *Stadterneuerung* durch staatliche Mittel gefördert, aber lokal umgesetzt und kofinanziert. Ein anderes Beispiel: Die Errichtung einer neuen Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke (TGV) wird durch die nationale Regierung entschieden, aber deren Bau obliegt einem öffentlichen Unternehmen (SNCF Réseau) und eine Kofinanzierung erfolgt auf verschiedenen Ebenen lokaler und regionaler Regierungen.

Frankreich weist drei politisch-administrative Ebenen auf. Die Regionen verfügen über die Kompetenz für Regionalplanung und regionale Wirtschaftsentwicklung. Sie erarbeiten der Nachhaltigkeit verpflichtete Raumentwicklungskonzepte als übergreifende Leitlinie für ihre sektoralen Politiken (Planung, Aus- und Fortbildung, regionale Verkehrsinfrastruktur usw.). Seit 2014 sind die

Regionen für das Management der europäischen Strukturfonds zuständig, wodurch ihre Rolle in der Raumentwicklungsplanung gestärkt wurde. Allerdings verwalten nicht die Regionen, sondern die staatlichen Departements große Budgets und besitzen wichtige Kompetenzen, beispielsweise für das Straßenwesen.

Abbildung 1: Eine vereinfachte Darstellung von Planungsdokumenten und Planungskompetenzen



Quelle: Eigene Darstellung (Übersetzung aus dem Englischen)

Die Gemeinden sind für die kommunale Entwicklung und Stadtplanung verantwortlich. Jedoch ist die kommunale Struktur sehr fragmentarisch: Frankreich hat 36.600 Gemeinden für 65 Millionen Menschen. Infolgedessen haben viele Gemeinden auf freiwilliger Basis Kommunalverbände gebildet, die eigene Steuern erheben und durch Räte mit Repräsentanten der angehörigen Kommunen regiert werden. Zunehmend übernehmen die Verbände Kompetenzen der Gemeinden und werden zu Hauptakteuren, die Planungsdokumente erstellen und den öffentlichen Verkehr sowie andere planungsrelevante Aufgaben organisieren.

Der lokale Entwicklungsplan (*Schéma de cohérence territoriale* – SCOT) ist das übergeordnete Dokument für ein städtisches Gebiet. Er wird durch mehrere kooperierende Gemeinden aufgestellt und ist bindend für die lokalen Bauleitpläne (*Plan local d'urbanisme* – PLU; > *Bauleitplan*), welche

die Rechtsgrundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen bilden. Zuvor von den einzelnen Gemeinden erarbeitet, müssen sie seit 2014 auf der Ebene der Gemeindeverbände aufgestellt werden.

Letztlich haben die Städte (als Verbände von Gemeinden) an finanziellem Gewicht und Entscheidungsmacht gewonnen. Insbesondere wurden die Metropolregionen (▷ *Metropolregion*) zu Schlüsselakteuren der räumlichen Organisation, mehr sogar als die Regionen.

Alle Ebenen der regionalen und lokalen Regierungen sind autonom. Jede Ebene besitzt gewählte Vertretungen und Budgets; untereinander stehen sie häufig in einem Konflikt- und Wettbewerbsverhältnis. Es existiert keine Hierarchie zwischen der lokalen und der regionalen Ebene. Beispielsweise sind die regionalen Raumentwicklungskonzepte nicht bindend für die lokale Ebene. Einzige Ausnahme ist die Region Île-de-France mit Paris, deren Raumordnungsplan (*Schéma directeur de la région d'Île-de-France – SDRIF*) für die lokalen Entwicklungspläne bindend ist.

Ein Schlüsselproblem ist die Politikkoordination zwischen den politisch-administrativen Ebenen. Sie wird angestrebt durch Partnerschaften, was jedoch zu administrativer Schwerfälligkeit und Verzögerungen führt. Die Gesetzgebung hat den Status eines federführenden Partners (*chef de file*) geschaffen, ohne dass diese Funktion gegenwärtig viel genutzt würde. Das MAPTAM-Gesetz (*Loi de modernisation de l'action publique territoriale et d'affirmation des métropoles*) von 2014 stärkt diese Funktion in bestimmten Bereichen: Gemeinden sind federführende Partner in Kooperationen für nachhaltige ▷ *Mobilität* und Luftqualität, Départements auf den Gebieten der sozialen Fürsorge, des ▷ *Tourismus*, der ▷ *Informations- und Kommunikationstechnologie* sowie der räumlichen Solidarität, Regionen in den Bereichen der Wirtschaftsentwicklung, der staatlichen Beihilfen und des Verkehrs. Auf lange Sicht sollen mehrjährige Rahmenabkommen für Investitionen (*Contrats de projet état-régions – CPER*) aufgestellt werden. Sie sollen an die Programmperioden der EU angepasst sein und alle politisch-administrativen Ebenen beteiligen. Allerdings bestehen auf diesem Gebiet immer noch Widersprüche und Kompetenzstreitigkeiten.

4 Stadtplanung: Gegenwärtige Aufgaben, Instrumente, Strategien und Maßnahmen

Auf der Ebene der Städte ist Nachhaltigkeit zu einer wichtigen Aufgabe geworden. Nachhaltige ▷ *Stadtentwicklung* wird gefördert durch Baunormen sowie fiskalische Anreize für ökologisches Bauen und Renovieren. Ein nationaler Wettbewerb unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Energie würdigt gute Praxisbeispiele der Stadtentwicklung und Stadterneuerung unter der Bezeichnung *Nachbarschaften*.

Seit den 1970er Jahren wird Zersiedlung als ökologische und soziale Herausforderung für die Planung wahrgenommen. Mit dem SRU-Gesetz (*Loi relative à la solidarité et au renouvellement urbains*) von 2000 wurde die Reduzierung von Freiflächenverbrauch zu einem zentralen Ziel in den Planungsdokumenten. Jedoch erwies sich die erste Dekade der Umsetzung des Gesetzes als erfolglos, nicht zuletzt aufgrund der Trittbrettfahrerstrategien kleiner ländlicher Gemeinden. Im Jahr 2010 stärkte das Grenelle-II-Gesetz die Rolle der lokalen Entwicklungspläne (SCOT). Im Ergebnis entstanden intensive Planungsaktivitäten auch in ländlichen Räumen (▷ *Ländliche Räume*), sodass das gesamte Staatsterritorium nach und nach über beide Ebenen durch gesetzlich vorgeschriebene Pläne abgedeckt wird.

Seit den 1980er Jahren ist die Erneuerung benachteiligter und verwahrloster Stadtquartiere eine große Herausforderung (▷ *Quartier/Quartiersentwicklung*). Die Strategien haben sich von ursprünglich städtebaulichen Interventionen zu einem integrierten Ansatz entwickelt, der die gebaute Umwelt ebenso einschließt wie soziale und ökonomische Belange. Eine nationale Stadtpolitik (*politique de la ville*) stellt Mittel zur Unterstützung der Maßnahmen bereit. Die Politik ist durch Partnerschaftsabkommen mit lokalen Stakeholdern (*contrats de ville*) einbezogen. Auch europäische Fördermittel werden zur Unterstützung eingesetzt, insbesondere durch das neue Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen. Merkwürdigerweise werden diese nicht immer in Betracht gezogen, ein weiteres Beispiel für das Versagen der Mehrebenen-Koordination.

Seit den 1980er Jahren werden auch die Werte historischer Stadtlandschaften zunehmend anerkannt. Gegenüber der früheren Strategie des Erhalts von Monumenten und historischen Stadtzentren wurde das Konzept des kulturellen Erbes kontinuierlich ausgeweitet und in die Landnutzungsplanung integriert. Zugleich konkurrieren lokale Stakeholder um eine Reihe von Auszeichnungen, die von der UNESCO-Welterbe-Liste bis zu nationalen und regionalen Bezeichnungen reicht, beispielsweise der vom Kultusministerium unterstützten „Städte und Landschaften der Kunst und Geschichte“ (*Villes et pays d'art et d'histoire*).

Schließlich ist eine Reihe von Initiativen im Gefolge von modischen Slogans zu nennen wie beispielsweise „Kreative Städte“ oder „Smart Cities“, wobei Letztere häufig der Etablierung von Informations- und Kommunikationstechnik dient.

5 Regionalplanung: Gegenwärtige Aufgaben, Instrumente, Strategien und Maßnahmen

Regionalplanung leidet unter einem Paradoxon. Einerseits wurden die Regionen für Planungsaufgaben geschaffen, andererseits stehen ihnen nur wenige Handlungsmittel zur Verfügung: Die Budgets sind bescheiden und die Regionalpläne nicht bindend für die lokale Ebene. Außerdem sehen sie sich einem wachsenden Einfluss der Metropolregionen gegenüber. Im Ergebnis haben sich die Regionen als geeignete Managementinstrumente erwiesen: Höhere Schulen wurden großteils renoviert, regionale Eisenbahnen signifikant verbessert. Allerdings haben nur wenige Regionen solide räumliche Strategien oder Politiken entwickelt.

Die Rolle der Regionen in der institutionellen Ordnung wird inzwischen zunehmend infrage gestellt. Im Jahre 2010 zielte eine Territorialreform auf eine Fusion der direkt gewählten Kammern der Regionen und der Departements nach den für 2016 vorgesehenen Wahlen, doch wurde die Reform 2015 durch eine neue ersetzt (Gesetzentwurf NOTRE). Demnach sollen die Departements unabhängig bestehen bleiben und die derzeit 22 Regionen zu 13 größeren Regionen zusammengeschlossen werden. Jedoch bedeutet größer nicht unbedingt stärker, denn den meisten neuen Einheiten fehlt eine historische oder geographische Konsistenz und sie verfügen über keine zusätzlichen Ressourcen. Insofern erscheint diese Reform der Reform als ein Schritt zurück, indem sie die Ebene der Departements stärkt und die Regionalplanung schwächt.

Der Bedeutungsverlust regionaler Politiken zeigt sich auch auf der nationalen Ebene. 2014 wurde die DATAR mit Behörden, die für die Stadterneuerungspolitik zuständig sind, zu einer neuen Organisation zusammengeschlossen, dem „Generalkommissariat für räumliche Gleichheit“ (Commissariat général à l'égalité des territoires – CGET). In dessen Organisationsplan dominieren die Départements mit ihrer Zuständigkeit für städtische Probleme, während die regionale Ebene kaum präsent ist.

6 Nationale Raumordnung: Gegenwärtige Aufgaben, Instrumente, Strategien und Maßnahmen

Auf der nationalen Ebene existiert kein Raumentwicklungskonzept. Der letzte Versuch zur Ausarbeitung eines Rahmendokuments fand 1996 statt, als die Staatsregierung einen Entwurf für ein nationales Raumentwicklungskonzept (Schéma national d'aménagement du territoire – SNADT) vorstellte. 1999 wurde das Konzept aufgegeben und durch eine Reihe von Plänen für kollektive Dienste (Schéma de services collectifs – SSC) ersetzt, in denen nationale Prioritäten für Sektorpolitiken formuliert wurden: höhere Bildung, Forschung, Kultur, Hygiene, Information und Kommunikation, Energie, naturnahe und ländliche Räume, Sport.

Seit der Jahrtausendwende arbeitete die DATAR zwei Prognosestudien aus (▷ *Prognose*). 2005 legte sie eine durch das EUREK inspirierte Vision vor, bezeichnet als „Polyzentrales Szenario für Frankreich“ (▷ *Szenario*). 2012 publizierte sie 28 Szenarien, um mögliche Zukunftsvisionen der französischen Gesellschaft und Lebensweise zu erkunden. Allerdings enthielt keines der Szenarien eine Karte.

Tatsächlich dominieren sektorale Ziele und Politiken gegenüber der Raumordnung. Dies wird in der Organisation der Regierung deutlich, in der Aufgaben der Raumordnung auf die Ministerien (1) für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Energie, (2) für Wohnungswesen, räumliche Gleichheit und ländliche Räume sowie (3) für Städte, Jugend und Sport aufgeteilt sind.

Aktuelle vorrangige Ziele sind auf die Politikagenden von intelligentem Wachstum (smart growth), nachhaltiger Entwicklung und Klimawandel (▷ *Klima, Klimawandel*) sowie sozialer und städtischer Inklusivität gerichtet. Solche Politiken mögen Beiträge zur Raumplanung leisten, wie beispielsweise die Stadterneuerung, aber der Raum wird auf nationaler und regionaler Ebene nicht mehr als konstitutiv für die Politik verstanden, anders als auf der lokalen Ebene, auf der Planungsdokumente planerische Leitbilder bieten.

Eine wichtige Ausnahme ist Groß-Paris (Grand Paris). Hier hat die französische Regierung ein bedeutendes Planungsprojekt initiiert und 2010 durch ein Gesetz fixiert: einen äußeren Metro-Ring von ungefähr 175 km mit einem Netz von 17 räumlichen Clustern und einem massiven Ressourceneinsatz von 32 Mrd. Euro zur Realisierung. Zum 1. Januar 2016 wurde ein neuer Kommunalverband „Métropole du Grand Paris“ mit 131 Gemeinden und sieben Millionen Einwohnern gebildet.

7 Fazit: Gegenwärtige Probleme

Im Ergebnis spiegelt die Entwicklung der Stadt- und Regionalplanung in Frankreich ziemlich genau die der europäischen Raumplanung wider, bei der die EU-2020-Strategie gegenüber raumbezogenen Ansätzen dominiert, indem Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, soziale Integration und Umweltprobleme im Vordergrund stehen.

Die Europäisierung der französischen Raumplanung erfolgt auf zwei Ebenen. Zum einen nahm das Europarecht im Rahmen der EU-Richtlinien zur Umweltpolitik maßgeblichen Einfluss, wie zum Beispiel die mehrfach novellierte UVP-Richtlinie und die Gebäuderichtlinie 2010 für energieeffiziente Gebäude. Zum anderen gewannen die Auswirkungen der EU-Politiken wie beispielsweise der Kohäsionspolitik an Bedeutung. Vor allem seit der Rezession von 2009 wurde der Zugang zu europäischen Fördermitteln ein wichtiger Faktor für lokale Investitionsentscheidungen. Im Vergleich dazu spielt die Verbreitung des europäischen Raumplanungsdiskurses nur eine bescheidene Rolle.

Auf den ersten Blick scheint die Einflussnahme der nationalen Regierung nachzulassen. Auf den zweiten Blick kann die Entwicklung aber auch als das Aufkommen eines neuen Governance-Stils verstanden werden. Tatsächlich bleibt die nationale Regierung ein Hauptakteur, ein starker Stakeholder, der in der Lage ist, unmittelbar konkrete Planungsziele zu verfolgen, wie ersichtlich am Beispiel des Groß-Paris-Projekts. Sie ist ein entscheidender Partner bei vielen, wenn nicht sogar den meisten lokalen und regionalen Planungsvorhaben. Nicht zuletzt bestimmt sie durch die Gesetzgebung die Spielregeln, wie sich angesichts der ständigen Reformen der letzten Dekade zeigte. Letztlich kann die Entwicklung des Raumplanungssystems auch als ein Prozess der Neoliberalisierung aufgefasst werden. Die strategisch reorganisierte nationale Regierung dirigiert das Orchester und bestimmt die Musik.

Bei dieser Umgestaltung befasst sich die lokale Ebene unverändert mit traditionellen raumbezogenen Problemstellungen. Neue Governance-Arrangements entstehen durch das Aufkommen von Metropolregionen und durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Planungspartizipation (> *Öffentlichkeitsbeteiligung*). Die Bedeutung der metropoliten Ebene nimmt zu: Heute können Minister von ihren nationalen Ämtern zurücktreten, um Wahlämter in großen Städten zu übernehmen, ein für Frankreich völlig neues Phänomen. Es bleibt fraglich, ob dies zu einem Bedeutungsgewinn der Raumplanung in Frankreich führen wird.

Literatur

European Commission (ed.) (1997): The EU compendium of spatial planning systems and policies. Luxemburg.

Weiterführende Literatur

- Geppert, A. (2009): Polycentricity: Can we make it happen? From a concept to its implementation. In: *Urban Practice & Research* 2 (3), 251-268.
- Geppert, A. (2014): France, drifting away from the 'regional economic' approach. In: Reimer, M.; Getimis, P.; Blotevogel, H. (eds.): *Spatial planning systems and practices in Europe. A comparative perspective on continuity and changes*. New York, 109-126.
- Geppert, A. (2015): Planning without a spatial development perspective? The French case. In: Knapp, G.; Nedovic-Budic, Z.; Carbonell, A. (eds.): *Planning for States and Nation-States in the U.S. and Europe*. Cambridge, MA, 381-410.
- Waterhout, B.; Othengrafen, F.; Sykes, O. (2013): Neoliberalization processes and spatial planning in France, Germany and the Netherlands: An exploration. In: *Planning Practice & Research* 28 (1), 141-159.

Bearbeitungsstand: 02/2017